

Impuls

Whataboutism als Gesprächsstrategie?

Michael S. Merry, Viola Siegmeier und Johannes Drerup

Whataboutism, eine viel genutzte Argumentationsstrategie in Debatten über den Israel-Gaza-Krieg, lenkt durch Gegenfragen oft von der eigentlichen Kritik ab. Trotz seines schlechten Rufs kann Whataboutism aber auch positive Effekte haben, argumentieren Michael Merry, Viola Siegmeier und Johannes Drerup.

In den Debatten über die Proteste und Demonstrationen rund um den Konflikt in Gaza und Israel lässt sich immer wieder ein weitverbreitetes Phänomen beobachten, das üblicherweise als sogenannter „Whataboutism“ bezeichnet wird. Wenn etwa Kritik an der Menschenrechtssituation im Gazastreifen oder an der israelischen Politik geäußert wird, erfolgt häufig eine sofortige Gegenkritik, die auf Verfehlungen der anderen Seite hinweist. So wird eine Diskussion über die Bombardierung ziviler Ziele im Gazastreifen schnell mit Verweisen auf Raketenangriffe auf israelische Städte gekontert und umgekehrt. Die Kritik am Massaker der Hamas vom 7. Oktober wird mit Rekurs auf Kritiken an der Situation der Palästinenser im Gazastreifen vor dem Angriff relativiert. Auch historische Vergleiche und Gegenvergleiche werden dann regelmäßig herangezogen, sei es mit Rekurs auf unterschiedliche Formen der Vertreibung (etwa die Nakba) oder der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten (etwa die Bombardements der Alliierten im zweiten Weltkrieg).

Die Möglichkeiten Kritik mit Gegenkritik, Vergleiche mit Gegenvergleichen zu kontern und zu relativieren, scheinen schier unbegrenzt und legen nicht nur Probleme einer angemessenen Analyse und Einordnung des Konflikts offen, sondern auch Schwierigkeiten, sich überhaupt halbwegs vernünftig über die verhandelten Fragen zu verständigen. Die dabei in Form von Whataboutism zum Tragen kommende Argumentationsform führt mit Bezug auf den Konflikt schließlich oft dazu, dass die ursprünglichen strittigen Sachfragen aus dem Blick geraten und keine konstruktive Diskussion über Lösungen oder Verantwortlichkeiten mehr möglich ist. Dies ist sicherlich einer der Gründe dafür, warum Whataboutism einen notorisch schlechten Ruf hat und geradezu als Debattenverhinderungswerkzeug gilt, dessen Nutzung nicht selten dazu führt, dass man sich fortwährend im Kreis dreht, manchmal Äpfel mit

Birnen vergleicht und in der Folge am Ende manchmal nicht einmal mehr darüber einig scheint, worüber man eigentlich uneinig ist. Dies ist jedoch nur eine mögliche Folge von Whataboutism, dem man – so werden wir im Folgenden argumentieren – unter bestimmten Bedingungen durchaus auch eine positive Seite abgewinnen kann.

Der Begriff „Whataboutism“ leitet sich von der englischen Frage „What about...? (Was ist mit...?)“ ab. Es handelt sich dabei um eine Diskussionsstrategie, bei der auf einen Vorwurf mit einer Gegenfrage geantwortet wird, die selbst einen impliziten Vorwurf enthält. Dieses Muster zeigt sich nicht nur im Israel-Gaza-Konflikt, sondern auch in vielen anderen politischen Debatten. In Diskussionen über Klimaschutz in Deutschland wird beispielsweise häufig auf den [CO2-Ausstoß in China](#) verwiesen, und in Debatten über Extremismus werden Verweise auf Rechtsextremismus oft mit Gegenverweisen auf Linksextremismus gekontert. Als Argumentationstechnik wird Whataboutism oft genutzt, um die Auseinandersetzung mit dem ursprünglichen Problem zu vermeiden, die öffentliche Aufmerksamkeit von der aktuellen Kritik abzulenken, bestehende Missstände zu relativieren oder auch, um das eigene Fehlverhalten zu rechtfertigen. Darüber hinaus wird zudem nicht selten der Begriff des Whataboutism selbst als strategischer Mitspieler in die Debatte eingebracht, um so wiederum durch unqualifizierte Verweise auf Whataboutism eine Form von Whataboutism zweiter Ordnung zu betreiben. Schon die Nennung des Begriffs, etwa in vergleichenden Bezugnahmen auf Debatten („genau der gleiche Whataboutism wie in der Diskussion über die Nato“), scheint dann zu genügen, um jedwede kritische Nachfrage zu erledigen.

Jüngste Ereignisse an [Universitäten](#) in Deutschland, Europa und Amerika zeigen, dass sowohl Befürworter als auch Gegner der Demonstrationen und der vertretenen Anliegen gelegentlich in die Falle des Whataboutism tappen. Wenn etwa die Frage aufkommt, warum die Beschädigung von Universitätseigentum während der Proteste toleriert wird, argumentieren einige Studierende und Universitätsmitarbeiter damit, dass materieller Schaden im Vergleich zu dem, was derzeit in Gaza geschieht, von geringer Relevanz ist. Ähnlich weisen Personen, die nicht an den Protesten teilnehmen, darauf hin, dass Studierende sich lokalen Herausforderungen, wie den stetig steigenden Mieten oder anderen sozialen Problemen, widmen sollten, anstatt gegen Kriege in fremden Ländern zu protestieren.

Nicht immer muss jedoch Whataboutism nur als Indikator für fragwürdige Diskussionsstrategien angesehen werden. Von zentraler Relevanz ist die Differenz zwischen einem Vergleich, der von einer Diskussion über einen Missstand ablenken soll, und dem Bestreben, vergleichbare Situationen anzuführen, um moralische Prinzipien konsistent anzuwenden. Die mit Whataboutism verbundene vergleichende Gegenüberstellung kann auch einen Beitrag zu einer differenzierteren und ausgewogeneren Debatte über gesellschaftliche Probleme leisten. Whataboutism kann so dazu dienen, die Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit einer Argumentation zu untermauern. Die primär negative Konnotation des Begriffs lässt sich daher nicht in jedem Fall aufrechterhalten.

Zur Verdeutlichung des Gemeinten lässt sich ein Beispiel aus einem anderen Kontext anführen: Manche Menschen setzen sich auf Basis von ethischen Überzeugungen und gestützt auf empirische Belege gegen das unnötige Leiden von Tieren und für Veganismus ein und gestalten ihr Konsumverhalten konform zu diesen Überzeugungen. In diesem Zusammenhang scheint es dann auch angebracht, die Relevanz anderer Entscheidungen zu hinterfragen, die ebenso zu unnötigem Leid führen. Dazu zählt beispielsweise der Besitz von Smartphones, die Kobalt enthalten – ein Rohstoff, der häufig unter [sklavenähnlichen Bedingungen](#) im Kongo gewonnen wird. Auch der Kauf von Kleidung, die oft im globalen

Süden unter Einsatz von Kinderarbeit produziert wird, und die Verwendung von Kosmetikprodukten, die noch immer an Tieren getestet werden, sind kritisch zu betrachten. Selbst alltägliche Konsumgüter wie [Tee, Kaffee, Gewürze und Schokolade](#) werden nicht ohne Kinderarbeit und Ausbeutung billiger Arbeitskräfte hergestellt, auch wenn das „[Fair-Trade](#)“-Label oftmals anderes suggeriert. Im Gegensatz zu den vorherigen Beispielen zielt Whataboutism in diesem Kontext nicht darauf ab, die Argumentation gegen das Tierleid zu unterminieren. Vielmehr regt Whataboutism hier dazu an, über eine umfassendere Sichtweise auf ethische Probleme nachzudenken, die häufig aufgrund von selektiver Wahrnehmung übersehen oder nicht hinreichend berücksichtigt werden.

Ebenso wie bei dem Beispiel des Tierleids erscheint es uns angebracht, politisch engagierte Demonstranten auf dem Universitätscampus zur Situation in Gaza mit folgender Frage zu konfrontieren: „Man kann eure Wut und euren Schmerz nachvollziehen, aber warum wird über vergleichbare staatliche Gewalt und Kriege in anderen Regionen wie [Xinjiang](#), Myanmar und Sudan kaum gesprochen, ganz zu schweigen von zahlreichen anderen Ländern?“ Natürlich kann diese Frage auch von Personen gestellt werden, die primär von ihrer Tatenlosigkeit und Indifferenz ablenken möchten, was man genauso wenig per se nobilitieren wollen wird, wie politischen Aktivismus (welcher Art auch immer). Doch sie kann auch konstruktiv eingesetzt werden, wenn sie darauf zielt, den Horizont der Debatte zu erweitern und dabei Fragen der moralischen Konsistenz zu berücksichtigen. Die Frage soll schließlich nicht darauf abzielen, die Argumente der Demonstranten per se zu desavouieren, und sie impliziert genauso wenig, dass die Argumente der Demonstranten nicht kritisch in der Diskussion auf den Prüfstand gestellt werden sollten. Vielmehr hinterfragt sie die oft geäußerte Ansicht, dass Israel etwa aufgrund umfangreicher ausländischer Unterstützung, der Verbindung einiger seiner Universitäten zum Militär oder mit Blick auf die Art der Kriegsführung als ein ‚einzigartiger Fall‘ zu behandeln wäre, der ganz anders einzuordnen und zu bewerten wäre, als andere, ähnlich oder identisch gelagerte Fälle.

So scheint es angesichts der aufgeheizten Debattenlage und des in Teilen manchmal doch eher überraschenden politischen Dauerengagements einiger Akteure und Bewegungen, sinnvoll zu sein, darauf hinzuweisen, dass eine solche systematische, an nachvollziehbaren Kriterien orientierte moralische Einordnung in der Regel unterbleibt. So kann man sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, als ob man unter den Demonstranten davon ausgehen würde, dass sich die ganze Welt um Israel und Gaza drehen würde und hier im Grunde der einzige Ort auf Erden wäre, auf dem Unrecht geschieht, gegen das es sich lohnt zu protestieren. Entgegen einer solchen verzerrten und eher provinziell-verengten Sichtweise, sollte schließlich nicht unerwähnt bleiben, dass die Argumente, die in Bezug auf Israel vorgebracht werden, auch auf viele andere Länder zutreffen, mit denen die EU Handelsbeziehungen pflegt, darunter China, Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten und Tunesien. Diese Kritik wirft eine wichtige Frage auf: Warum gibt es an Universitäten eigentlich keine Anti-China (oder [Anti-EU](#)) Demonstrationen, und warum widmen die Medien diesen anderen, mindestens ebenso schwerwiegenden Problemen, so wenig Aufmerksamkeit?

Und selbst wenn wir pro forma einmal von der religiös-faschistoiden Organisation der Hamas und ihren Verbrechen absehen (wie es viele der Protestierenden tun, wenn sie sie nicht gleich auf Basis eher spektakulärer Projektionen als progressive Befreiungsbewegung missdeuten), kann man sich auch wundern, warum viele Protestierende ihre Anklagen fast ausschließlich gegen Israel vorbringen, und dessen Existenzberechtigung sogar in Zweifel ziehen, während Aufrufe zur Beendigung von Gräueltaten in Myanmar, Sudan oder Aserbaidschan, gegen die Vertreibung der Rohingya oder der Armenier aus Berg-Karabach kaum oder gar nicht zu

hören sind. Und warum demonstrieren die Studierenden eigentlich nicht gegen den russischen Angriffskrieg und den Kolonialismus, der sich gewissermaßen vor der europäischen Haustüre abspielt, aber anscheinend kaum als Anlass für wertgehalten wird, die Zelte aufzuschlagen? Gleichfalls ist es bemerkenswert, dass in Deutschland die Forderungen, akademische Beziehungen aufgrund von Menschenrechtsbedenken abubrechen, sich vornehmlich auf israelische Universitäten konzentrieren. Warum gibt es nicht eine ähnliche öffentliche Debatte über die Zusammenarbeit deutscher Hochschulen mit anderen Ländern, die ebenfalls wegen ihrer Menschenrechtssituation kritisiert werden könnten? Diese hochgradig selektive und einseitige Kritik zeigt die Notwendigkeit auf, die ethischen Maßstäbe, die die Bewertung ähnlicher Fälle leiten, konsequent zu prüfen und konsistent anzuwenden, da sie beunruhigende Implikation mit sich bringen.

Wenn jemand nämlich mit der Äußerung selektiver Empörung durch eine Frage konfrontiert wird, die offensichtlich macht, dass mehr und andere, ähnlich gelagerte Fälle zu berücksichtigen sind, sich jedoch dafür entscheidet, diese vollständig zu ignorieren, weist Whataboutism in diesem Zusammenhang nicht nur auf Inkonsistenz hin, sondern auf Formen der Heuchelei. Solch ein Verhalten offenbart oft fragwürdige Beweggründe sowie eine verzerrte Selbst- und Weltwahrnehmung. Das heißt, die Akteure sind möglicherweise mehr daran interessiert, dass die selektive Kanalisierung ihrer Empörung und ihres Engagements als moralisch korrekt wahrgenommen wird, als darauf, moralisch angemessen zu urteilen und zu handeln. Es geht hier dann anscheinend weniger um eine vernünftige Beurteilung eines Falls als um die Durchsetzung der eigenen, partikularen Sichtweisen unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit.

Doch ist es nicht nachvollziehbar, dass man sich auf spezifische Probleme konzentriert und andere ausblendet? Schließlich ist es unmöglich, sich gleichermaßen über alle Missstände zu empören und sie gleichzeitig zu bekämpfen. Jeder Einzelne sollte selbstverständlich seine Zeit und Energie für Themen verwenden, bei denen er oder sie sich dazu persönlich verpflichtet fühlt. Dieser Ansatz scheint angesichts der Grenzen menschlicher Empörungsfähigkeit sinnvoll. So kann es für Menschen schließlich Sinn machen, die direkt oder indirekt in die Geschehnisse in Israel und Gaza eingebunden sind oder sich aus welchem Grund auch immer geneigt sind, ihre moralischen Energien diesem Thema zu widmen, sich zu Wort melden. Ebenso erheben auch jene ihre Stimme, die sich mit Regionen wie Berg-Karabach oder dem Sudan verbunden fühlen und denen diese Themen wichtig sind. Doch stellt sich die Frage: Ist dies ausreichend, um die selektive Empörung gegenüber Israel zu erklären?

Es ist offensichtlich, dass die Medien einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der einseitigen Empörung gegenüber Israel leisten, indem sie bestimmte Themen für eine Weile besonders hervorheben. Auf eine thematisch fokussierte Empörungswelle folgt die nächste. Offenkundig ist daher, dass sowohl nationale als auch internationale Medien anderen schwerwiegenden Krisen keine oder weit weniger Beachtung schenken. Diese Praxis verstärkt den Eindruck, dass einige Themen von übergeordneter Bedeutung sind und auch so wahrgenommen werden sollten, während andere, mindestens ebenso gravierende Fälle, vernachlässigt werden können. Dies wirft die Frage auf: Ist die selektive Berichterstattung ausreichend, um die gezielte Empörung gegenüber Israel umfassend zu erklären? Ist es vielleicht auch der soziale Status und die damit verbundene Selbstwahrnehmung einiger Gruppen, die für das starke Engagement mitverantwortlich ist und der in entsprechenden Protesten immer schon mitverhandelt wird? Oder springen einige der Demonstranten vielleicht nur auf einen Zug auf, ohne zu berücksichtigen, wohin er eigentlich fährt? Oder ist

es eben doch am Ende ein offensichtliches Indiz für die globale Verbreitung des Antisemitismus, der sich nunmehr weitgehend ungefiltert in seinem ganzen Ausmaß zeigt und der die Radikalität der Proteste in ihrer selektiven Empörung erklärt?

Wie auch immer man diese Fragen im Einzelnen beantworten mag, an der Art der diskursiven Auseinandersetzung oder Nichtauseinandersetzung mit solchen kritischen Nachfragen wird man erfahrungsgemäß erkennen, welche Haltungen und Motivlagen hier tatsächlich eine Rolle spielen. Wir können hier keine einfache Lösung für das Problem der selektiven Empörung bieten. Man kann die Bedenken der Aktivisten zur Kenntnis nehmen, ohne sie damit von Begründungspflichten und Kritik zu entlasten. Wir wollen selbstverständlich auch keineswegs suggerieren, dass Demonstrationen grundsätzlich sinnlos, heuchlerisch oder unehrlich sind. Was wir allerdings betonen wollen, ist die Notwendigkeit für jeden Einzelnen, seine moralischen Prinzipien kontinuierlich zu überprüfen, konsequent anzuwenden und eingehend die weitreichenderen Implikationen zu reflektieren, die damit verbunden sind. Obwohl das Engagement in Protesten und der Einsatz für bestimmte Themen zweifellos wichtig sind, ist es ebenso entscheidend, die umfassenden Konsequenzen unserer moralischen Entscheidungen zu bedenken und nach Konsistenz in der Auslegung und Umsetzung dieser Prinzipien zu streben, wohl wissend, dass niemand von uns jemals vollkommen konsistent agieren wird.

Um der „Falle“ des Whataboutism praktisch zu entgehen, ist es daher von zentraler Bedeutung, dass sich die Beteiligten – sofern sie jeweils an einer sachlich angemessenen und moralisch reflektierten Debatte überhaupt Interesse haben – über die spezifische Funktion dieser Argumentationsstrategie in der jeweiligen Debattensituation klar werden und dies gegebenenfalls auch selbst zur Diskussion stellen. Wird Whataboutism dazu genutzt, von bestimmten Problemen abzulenken, Missstände zu relativieren oder zu rechtfertigen? Oder wird Whataboutism als Werkzeug verwendet, um die eigenen moralischen Kriterien und deren konsistente Nutzung genauer auf den Prüfstand zu stellen und die Debatte zu erweitern? Man kann schließlich sogar festhalten, dass im Grunde jeder, der moralische Urteile fällt, sich Whataboutism zunutze machen sollte, indem man sich immer wieder selbstkritisch die Frage stellt, warum gerade ein bestimmter Fall das eigene, parteilich ausgerichtete Engagement verdient und nicht andere. Eine wirklich ehrliche, ernsthafte und hinreichend reflektierte Auseinandersetzung mit solchen Fragen dürfte dann oftmals zu ernüchternden Antworten führen, die einen guten Ausgangspunkt darstellen könnten für eine konsistentere und damit vernünftiger Debatte.

Dieser Text ist eine veränderte und erweiterte Fassung des zunächst auf niederländisch publizierten Beitrags „Onrecht, whataboutism en het belang van morele consistentie“ von Michael S. Merry und Daphne Linsen.